

Vorwort der Herausgeber

Die Geschichte gönnt Europa keine Ruhepause. Noch sind die historischen Umbrüche der letzten Jahre nicht verarbeitet, da stehen bereits neue Weichenstellungen an. Die Regierungskonferenz 2000 war dabei nur eine Etappe eines längeren Prozesses, der eine sich erweiternde Europäische Union regierungs- und handlungsfähig machen sollte. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union hatten es in der Hand, ob ihr Gemeinwesen stagniert oder ob es zukunftsfähig gestaltet wird. Der Kampf um Millimeter und die Kleinherzigkeit aus taktischem Kalkül waren dabei keine angemessene Strategie und der Eindruck drängte sich auf, dass Unterhändler, deren Blickwinkel nicht über den Rand der Regierungskonferenz hinausreichten, des öfteren den Maßstab ihres Handelns verloren.

Statt lediglich technische Details oder Teillösungen zu verhandeln, verlangt der Kontinent nach richtungsweisenden Debatten und vorausgreifenden Lösungen. Europa ist fünf Jahrzehnte ohne eine klare Vorstellung seiner „finalité politique“ ausgekommen. Ohne einen offenen Prozess jedoch, der neben einer breiten Öffentlichkeit auch die Beitrittskandidaten in einem Post-Nizza-Prozess an einen Tisch holt, droht die Kraft der europäischen Idee, wie wir sie kennen, zu versiegen. Die von den Staats- und Regierungschefs in ihrer Zukunftserklärung formulierte Agenda für eine weitere, 2004 ins Auge gefasste Regierungskonferenz greift trotz des ambitionierten Programms angesichts der Herausforderungen des Kontinents zu kurz. Dennoch, eine Grundsatzdebatte über die Zukunft Europas hat zweifellos begonnen. Doch obwohl die Zukunftsentwürfe unterschiedliche Vorstellungen und theoretische Leitbilder widerspiegeln, teilen sie eine Wahrnehmung: Die europäische Einigung erreicht mit der Einführung des Euro und der Erweiterung eine neue Qualität, während zugleich die demokratische Legitimität und das Vertrauen der Bürger mehr denn je in Frage steht – eindrucksvoll zur Schau gestellt mit dem irischen Nein zum Vertrag von Nizza im Juni 2001.

Die Grundrechtecharta, wie sie im Dezember 2001 in Nizza feierlich proklamiert wurde, ist ein beachtlicher Schritt hin zu einer Stärkung des Grundvertrauens und der Akzeptanz des europäischen Projekts. Jürgen Meyer und Markus Engels zeichnen deren Entstehen und Implikationen für den weiteren Integrationsprozess nach.

Die Autorinnen und Autoren des Jahrbuchs greifen die an Nizza geknüpften Hoffnungen und Befürchungen der heutigen und künftigen Mitgliedstaaten der erweiterten Union auf und berichten in ihren Länderstudien über Themen von innen- und europapolitischer Relevanz. Zum zweiten Mal geht das Jahrbuch dabei auch intensiv auf den Beitrittsprozess ein. Johanna Deimel beleuchtet Bulgarien,

VORWORT DER HERAUSGEBER

Wim van Meurs schätzt die Lage für Estland, Lettland und Litauen ein, Heinz-Jürgen Axt blickt nach Malta und Zypern, über Polen informiert Niels von Redecker, über Rumänien Annelie Ute Gabanyi. Aus der slowakischen Perspektive schreibt Juraj Alner, aus Slowenien Irena Brinar, den tschechischen Blick auf Europa gewähren Vladimír Handl und Kristina Larischová, den Blickwinkel Ungarns öffnen uns András Inotai und Krisztina Vida. Die Länderstudie Türkei stammt erneut von Oya Susanne Abali und die fachkundige Analyse des Erweiterungsprozesses wieder aus der Feder von Barbara Lippert.

In Nizza wurde mit der Begleichung der Überbleibsel von Amsterdam in erster Linie die Erweiterungsfähigkeit der EU-Institutionen sichergestellt. Über die Arbeit der EU-Organe, die sich selbst aktiv in die Gestaltung der Regierungskonferenz 2000 eingebracht hatten, und die Konsequenzen der in Nizza vereinbarten institutionellen Reformen informieren die Beiträge der einzelnen EU-Institutionen, wobei sich erstmals Udo Diedrichs der Europäischen Kommission widmet und Caroline Willeke als neue Co-Autorin Wolfgang Schill beim Beitrag über die Europäische Zentralbank zur Seite stand.

Der Vertrag von Nizza bereitet die Europäische Union auf die Erweiterung vor, doch die in Nizza beschlossenen institutionellen Reformen allein schaffen nicht die langfristigen Voraussetzungen für ein funktionierendes Gemeinwesen. Reformen in den Politiken der Gemeinschaft wie der Union sind trotz beachtlicher Fortschritte von Nöten, wie die Analyse der innen- wie außenpolitischen Dimension des vergangenen Jahres aufzeigt. Auch in diesem Jahr informieren die Autorinnen und Autoren über die Ambitionen und Entwicklungen in den einzelnen Politikbereichen und über die facettenreiche Außenpolitik der Europäischen Union. Dafür wurden einige neue Autoren verpflichtet: Das ereignisreiche Jahr der Agrar- und Fischereipolitik fasst Christian Lippert zusammen, die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit wird nun von Hans Arnold mit Christoph Gusy resümiert, Gaby Umbach beschäftigt sich mit der Umweltpolitik, Wim Kösters beleuchtet die Wirtschaftspolitik und Felix Neugart analysiert die Nahost- und Mittelmeerpolitik.

Einen Einblick in die Interessenvertretung bei der Europäischen Union gewährt Jörg Teuber. Axel Huckstorf hat sich in diesem Jahr die Mühe gemacht, die umfangreiche Bibliographie aktueller Veröffentlichungen zu den Themen dieses Bandes zusammenzustellen.

Besonderer Dank gilt auch diesmal dem Auswärtigen Amt für die Förderung des Projekts, der Geschäftsführung des Instituts für Europäische Politik und des Europa Union Verlags und insbesondere den Autorinnen und Autoren, deren große Sachkenntnis die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. Für die sachkundige Redaktion konnten wir Stephanie Heisele und Isabelle Tannous gewinnen, ohne deren Gespür für aktuelle Zusammenhänge und deren Freude am Detail dieses Jahrbuch nicht so zu Stande gekommen wäre.

Werner Weidenfeld

Wolfgang Wessels